

Antworten auf die Wahlprüfsteine des Landeselternrates

1. Wird ihre Partei aktiv für Elternmitwirkung bei Schülern über 18 Jahre eintreten?

Ja, auch die Eltern von über-18-jährigen Schüler*innen sollen angemessen in der Schule mitwirken können. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass ihre Kinder inzwischen volljährig sind und ihr informationelles Selbstbestimmungsrecht zu achten ist.

2. Welche konkreten Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um den Breitbandausbau auch in ländlichen Gebieten zu forcieren?

Der Breitbandausbau hat für uns hohe Priorität. Nachdem GRÜNE in Regierungsverantwortung mit der Novellierung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen haben, dass die Netze auch in kommunaler Hand betrieben werden können, kommt endlich Bewegung in den Breitbandausbau. Wir GRÜNEN wollen aber auch mehr finanzielle Förderung aus Bund und Land für jene Kommunen, die sich dieser komplexen Aufgabe annehmen und die großen Monopolisten durch eigene Initiativen als Betreiber von eigenen Netzen herausfordern.

3. Welches Maßnahmenpaket wird Ihre Partei ergreifen, bis zum Jahr 2023 die Inklusion personell und sächlich so auszustatten, dass an allen niedersächsischen Schulen Kinder mit Förderbedarf inklusiv beschult werden können?

Um den Weg zu einer inklusiven Schule für alle zu beschreiben und den Schulen für den Prozess Planungssicherheit zu geben, hat die Landesregierung auf GRÜNE Initiative ein Rahmenkonzept für inklusive Schulen auf den Weg gebracht. Personalentwicklung, Multiprofessionalität, Barrierefreiheit sowie eine inklusive Pädagogik bilden hierfür die Grundlagen. Mit der Einrichtung der Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren Inklusive Schule (RZI) haben wir eine Struktur eingeführt, die den Prozess der Inklusion in den Regionen koordinieren und begleiten soll. Wir setzen uns für ein transparentes Verteilungsverfahren und die Steuerung von Ressourcen an inklusiven Schulen ein. Hierzu gehört perspektivisch auch die Einführung einer sonderpädagogischen Grundversorgung an weiterführenden Schulen. Sonderpädagog*innen sollen an den allgemeinbildenden Schulen zu einem festen Teil des Teams werden, statt wie bisher von Förderschulen abgeordnet zu werden. Auch andere Berufsgruppen, wie etwa Logopäd*innen oder Ergotherapeut*innen, Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen, werden an inklusiven Schulen gebraucht. Die eingerichteten RZIs wollen wir weiterentwickeln und ausbauen. Zur besseren Beratung und Unterstützung in den RZIs gehört auch der flächendeckende Ausbau der mobilen Dienste. Gerade letzteren kommt im Bereich der Beratung und Unterstützung, aber auch der Schulentwicklung hin zu einer inklusiven Schule, eine zentrale Rolle zu.

4. Wird Ihre Partei aktiv für Betreuungsmöglichkeiten und die gesunde Mittagsverpflegung an den niedersächsischen Ganztagschulen eintreten?

Welche konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei diesbezüglich ergreifen?

Ja, Unser Ziel ist ein qualitativ hochwertiges Ganztagschulkonzept, bei dem durch einen rhythmisierenden Tagesablauf Lerneinheiten mit Bewegungszeit, kreativen Phasen und Angeboten mit außerschulischen Akteur*Innen sinnvoll aufeinander abgestimmt werden.

Dazu gehört auch ein gutes, gesundes Mittagessen. Deshalb wollen wir ein „Landesprogramm für gutes Schulessen“ auf den Weg bringen, um Kommunen finanziell dabei zu unterstützen, dass jedes Kind an jeder Schule eine warme Mahlzeit aus gesunden, regionalen, saisonalen Komponenten mit möglichst hohem Bio-Anteil erhalten kann. Hierbei sollen die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) bei Ausschreibungen verbindlich berücksichtigt und die Projekte regelmäßig evaluiert werden.

5. Bestehen Ihrerseits Überlegungen, Veränderungen in Bezug auf Ausstattungs- und Fi-

finanzierungsbeihilfen für Schulen in freier Trägerschaft vorzunehmen? Wenn ja, welche Veränderungen sind zu erwarten?

Wir begrüßen die Diskussion über die Berechnungsgrundlagen der Finanzierung der Freien Schulen, um auch Aufgaben wie etwa die Inklusion angemessen zu berücksichtigen. Dies werden wir weiter positiv begleiten.

6. Wie beabsichtigt Ihre Partei, zukünftig die Unterrichtsversorgung zahlenmäßig zu erfassen? Werden Sie in diesem Zusammenhang die Datenbasis durch eine fortlaufende, monatliche Erhebung auf ein breiteres Fundament stellen?

Das heutige Verfahren zur Erfassung der Unterrichtsversorgung ist antiquiert und sollte weiterentwickelt werden. Es geht nicht mehr nur um die Erteilung der Unterrichtsstunden, sondern auch um die personelle Ausstattung der Ganztagschulen und der Inklusion. Neben den Lehrkräften muss auch weiteres Personal wie schulische Sozialarbeiter*innen und pädagogische Fachkräfte berücksichtigt werden.

Wir halten es für sinnvoll, Methoden für eine fortlaufende Erhebung zu entwickeln, um eine bessere Datenbasis für die Steuerung zu haben. Voraussetzung dafür ist, dass Gütekriterien für die Erhebung entwickelt werden und dass für die Schulen nicht mit der Erhebung eine übermäßige neue Belastung entsteht.

7. Wird Ihre Partei der Forderung der niedersächsischen Eltern nachkommen und die Fahrtkostenbefreiung für BerufsschülerInnen und SchülerInnen der Sekundarstufe II einführen? Wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?

Wenn nein, sehen Sie diese Forderung nicht als einen möglichen Gelingensbeitrag an, um Chancengleichheit zu gewähren?

Ja, Ziel ist für uns die unentgeltliche Schülerbeförderung auch in der Sekundarstufe II.

8. Wird Ihre Partei der Forderung der niedersächsischen Eltern nachkommen und die Lernmittelfreiheit für alle SchülerInnen an niedersächsischen Schulen einführen? Wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?

Wenn nein, sehen Sie diese Forderung nicht als einen möglichen Gelingensbeitrag an, um Chancengleichheit zu gewähren?

Ja, Ziel ist für uns die Lernmittelfreiheit einzuführen.

9. Welchen Aktionsplan wird Ihre Partei umsetzen, um die qualitative Unterrichtsversorgung an allen öffentlichen Schulen Niedersachsens nachhaltig und unmittelbar spätestens im Schuljahr 2018/2019 auf über 105% anzuheben?

Zur Zeit gibt es leider bundesweit einen erheblichen Lehrkräftemangel und unbesetzte Stellen. Wir haben bereits die Fehler der Vorgängerregierung korrigiert und wieder zusätzliche Studienplätze geschaffen. Es wird jedoch noch einige Jahre dauern, bis die zukünftigen Lehrkräfte, die während dieser Wahlperiode ihr Studium begonnen haben, ihre Ausbildung abgeschlossen haben werden. Für die Übergangszeit hat die Landesregierung bereits ein 18-Punkte-Aktionsprogramm entwickelt. Dieses Programm muss ständig weiterentwickelt werden. Unnötige Bürokratie muss abgebaut und die Qualifizierung der Quereinsteiger*innen verbessert werden.

Wir setzen uns dafür ein, die sehr hohen Belastungen der Lehrkräfte zu reduzieren, auch um Ausfälle wegen Krankheit zu verringern und die Lehrer*innen länger im Beruf zu halten.

10. Was gedenkt Ihre Partei zu unternehmen, um die Attraktivität des Lehrerberufs in Niedersachsen, insbesondere im ländlichen Raum zu steigern?

und 11. Anknüpfend an Frage 10: Wird Ihre Partei eine Anhebung der Besoldungsgruppen sämtlicher Lehrer in Niedersachsen beschließen, um im Wettbewerb mit anderen Bundesländern zukünftig bestehen zu können?

Wir wollen insbesondere Grund- und Hauptschullehrer*innen besser bezahlen, weil sie noch immer schlechter bezahlt und schlechter gestellt sind als Lehrkräfte an anderen Schulformen. Auch die Bezahlung der Leiter*innen insbesondere an Grundschulen und ihrer Stellvertreter*innen soll verbessert werden.

Darüber hinaus wollen wir den Lehrerberuf in Niedersachsen attraktiver machen, indem wir die Lehrkräfte wirkungsvoll unterstützen und die sehr hohe zeitliche und psychische Belastung reduzieren. Es ist unser Anspruch, dass das Land Niedersachsen, auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern, ein attraktiver Arbeitgeber ist und gute, verlässliche Arbeitsbedingungen bietet.

12. Wird Ihre Partei aktiv für den Fortbestand sämtlicher bestehenden Schulformen in Niedersachsen eintreten?

Wenn ja, welche konkreten Überlegungen bestehen, ein möglichst wohnortnahes gegliedertes Schulsystem aufrechtzuerhalten?

Wenn nein, wie wird sich in Ihrer Regierungsverantwortung die Schullandschaft gestalten?

Das niedersächsische Schulgesetz sieht ein breites Spektrum von Schulformen vor. Über die konkrete Ausgestaltung des Schulangebotes soll nach den Bedingungen vor Ort entschieden werden. Es soll den verschiedenen Wünschen der Eltern – auch dem Wunsch vieler Eltern, die Entscheidung über die Schullaufbahn möglichst lange offenzuhalten – gerecht werden. Insbesondere in dünner besiedelten Regionen ist es schwierig, wohnortnah ein vollständiges Schulangebot aufrechtzuerhalten. Am ehesten ist dieses mit integrierten Schulformen möglich.

13. Wird Ihre Partei BNE als Pflichtveranstaltung im Rahmen der Lehrerausbildung implementieren?

Wenn ja, konkretisieren Sie bitte zu erwartende Veränderungen.

Wenn nein, warum sehen Sie kein Erfordernis?

und 14. Anknüpfend an Frage 13: Wird Ihre Partei konkrete Lernziele und Leistungsnachweise in zukünftigen Kerncurricula formulieren, um BNE präsender im Schulalltag zu verankern?

Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen sind Querschnittsthemen schulischer Bildung, in denen die Herausforderungen der Zukunft thematisiert und Lösungsmöglichkeiten entwickelt werden. Daher setzen wir uns dafür ein, Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen in Schulen weiter in die Lehrpläne zu verankern und dabei fächerübergreifende und handlungsorientierte Konzepte zu fördern.

Wir setzen uns dafür ein, dass der fächerübergreifende Ansatz der Schulen stärker in die Ausbildung der Lehrer*innen einfließt.

15. Wie beabsichtigt Ihre Partei, nach Abschaffung der Schulinspektion die Arbeit der Schulen in Niedersachsen zu evaluieren?

Die Schulinspektion soll nicht abgeschafft, sondern zu einem Schul-Feedback weiterentwickelt werden. Die Arbeit der Schulen soll weiterhin evaluiert werden, aber das weiterentwickelte Verfahren soll die Schulen stärker dabei unterstützen, festgestellte Probleme tatsächlich anzugehen.

16. Anknüpfend an Frage 15: Kommt für Ihre Partei eine paritätisch mit Eltern besetzte zentrale Stelle, die direkt dem Minister/der Ministerin in Form des Berliner Modells unterstellt ist, in Betracht?

Wir setzen uns dafür ein, dass an Niedersachsens Schulen die Beteiligung der Schüler*innen und Eltern, aber auch weiterer Statusgruppen, deutlich verbessert wird. Derzeit gibt es in Niedersach-

sen den Landesschulbeirat, in dem auch die Eltern durch vom Landeselternrat gewählten Mitgliedern vertreten sind. Für Vorschläge, die Vertretungsgremien weiterzuentwickeln, sind wir offen.

17. Was versteht Ihre Partei unter „Digitalisierung“ an den Schulen?

und 18. Welche konkreten Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um die Lehrerbildung auf die „Digitalisierung“, aber auch auf die Risiken und Gefahren im schulischen Alltag abzustimmen?

Im Mittelpunkt steht für uns, die Medienbildung in Bezug auf die Digitalisierung weiterzuentwickeln, um den Schüler*innen einen kritischen und kreativen Umgang mit den digitalen Medien zu vermitteln. Hierfür sind die Curricula der Schulfächer entsprechend anzupassen und die Lehrkräfte in der Aus- und Fortbildung zu qualifizieren. Digitalisierung soll auch als Chance genutzt werden, die Lehr- und Lernprozesse in der Schule so weiterzuentwickeln, dass die Lernenden zunehmend mehr Verantwortung für die Planung und Gestaltung der persönlichen Lernziele und Lernwege übernehmen können. In den Schulen sind geeignete digitale Lernumgebungen zu schaffen. Dies kann nur in Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen geschehen.

19. Wird Ihre Partei den Nachteilsausgleich auch für Auszubildende an den Berufsschulen und SchülerInnen im Abschlussjahrgang in der Sek I und Sek II einführen?

Wenn ja, welche Veränderungen können Betroffene erwarten?

Wenn nein, warum besteht aus Ihrer Sicht kein Bedarf des Handelns?

Wir setzen uns dafür ein, dass ein neuer, umfassender Erlass zur Arbeit in der inklusiven Schule entwickelt und herausgegeben wird. In diesem Rahmen soll auch der Nachteilsausgleich neu geregelt werden. In diese Regelungen sind auch die Sekundarbereiche I und II und neben den allgemeinbildenden auch die berufsbildenden Schulen einzubeziehen.

20. Wird Ihre Partei die frühzeitige Einbindung des Landeselternrates in Gesetzgebungsverfahren und allen anderen, Eltern niedersächsischer SchülerInnen betreffenden Veränderungen schulrechtlicher Vorgaben befürworten sowie aktiv an deren Umsetzung arbeiten?

Wie schon zu Punkt 16 erwähnt setzen wir uns dafür ein, dass die Beteiligung der Schüler*innen und Eltern, aber auch weiterer Statusgruppen, deutlich verbessert wird. Für Vorschläge, die über die bestehende Beteiligung des Landeselternrates hinausgehen, sind wir offen.

21. Wie positioniert sich Ihre Partei bezüglich des Einschulungsalters und der Einschulungsvoraussetzung?

Sehen Sie Änderungs- oder Konkretisierungsbedarf, wenn ja welchen und welche Gründe sprechen für eine Veränderung?

Durch die Senkung des Einschulungsalters kommen immer mehr Kinder in die Schulen, für die dies aufgrund ihrer Entwicklung noch viel zu früh ist. Nicht nur Eltern und Lehrer*innen beklagen dies, auch wissenschaftliche Untersuchungen sehen diese Entwicklung kritisch. Wir werden das Einschulungsalter daher wieder anheben. Im begründeten Einzelfall soll eine frühere Einschulung weiterhin möglich sein.

22. Wie stehen Sie zu einem rückschlussfreien Beschwerdemanagement als Angebot für Eltern? An welcher Institution sollte ein rückschlussfreies Beschwerdemanagement eingerichtet werden,

a) bei der Niedersächsischen Landesschulbehörde?

b) bei dem Niedersächsischen Kultusministerium?

Welche Gründe sprechen für Ihre Auswahl a) oder b)?

Das Beschwerdemanagement sollte weiterentwickelt werden, um die Schule im Interesse aller Beteiligten weiter verbessern zu können. Rückschlussfreien, anonymen Beschwerden stehen wir jedoch sehr skeptisch gegenüber. Wir verstehen die Befürchtung, dass Beschwerden zu

Nachteilen für das eigene Kind führen könnten. Aber wenn nicht bekannt ist, von wem eine Beschwerde ausgeht, wird es kaum möglich sein, einen Sachverhalt aufzuklären und ein Problem zu lösen.